

Die Städte und das Notopfer für die Landwirtschaft.Stellungnahme des Städtebundes.

Die neue Vorlage der Bundesregierung zur Bedeckung des Notopfers für die Landwirtschaft hat starke Bedenken bei den Gemeindevertretern hervorgerufen. Die Gemeindeverwaltungen erblickten in einer Erhöhung der Warenumsatzsteuer, der Bundesbierabgabe und der Zuckersteuer eine Gefährdung nicht nur allein der städtischen Interessen und des Prinzipes der Abgabenteilung, sondern auch eine direkte Mehrbelastung für die Gemeindehaushalte.

In einer im Wiener Rathaus heute unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes, Vizobürgermeister Emmerling, abgehaltenen Sitzung des Grossen Ausschusses des Städtebundes, an der die Bürgermeister und Finanzreferenten der Städte Krems, Stockerau, St. Pölten, Wien, Wr. Neustadt, Linz, Steyr, Graz, Klagenfurt, Villach, Innsbruck und Eisenstadt teilnahmen, berichtete Bürgermeister Dr. Bercht (Klagenfurt) über die Auswirkungen der Regierungsvorlage zugunsten der Landwirtschaft auf die Städte. Er verwies insbesondere auf die grosse Notlage vieler Gemeinden, die durch die Einschränkung und Stilllegung grosser Unternehmungen hervorgerufen worden ist. Die Regierungsvorlage bürdet den Gemeinden nun abermals neue Lasten auf. An diesen Bericht schloss sich eine ausführliche Aussprache an, in der alle Redner dem Referenten zustimmten. Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz) machte auch darauf aufmerksam, dass der Bund, obwohl bindende Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers vorliegen, immer wieder durch neue Gesetze die Gemeinden belaste. Die Erhöhung der Warenumsatzsteuer und der Zuckersteuer treffe die Gemeinden sofort sehr hart, weil alle Gemeinden auch grosse Konsumenten seien. Ebenso werde die Regierungsvorlage über die Arbeitslosenversicherung den Gemeinden in ihrer gegenwärtigen Fassung grosse Mehrausgaben für Unterstützungen an ausgesteuerte Arbeitslose bringen. Stadtrat Ertl (Innsbruck) berichtete noch über die schwere Finanznot der Tiroler Gemeinden; sie können unmöglich neue Lasten übernehmen. Bürgermeister Baran (Krems) gab der Befürchtung Ausdruck, dass die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, insbesondere bei Pauschalübersinkommen, sich nicht voll auswirken werde, wodurch der Anteil der Gemeinden von vorneherein gekürzt werden wird.

Die Tagung beschloss einstimmig eine Resolution an die Regierung, in der vor allem darauf verwiesen wird, dass nach dem Grundsatz unserer Finanz-

.....
verfassung der volle Ertrag der geteilten Abgaben der Teilung zugrundegelegt ist. Es konnte nur als eine aussergewöhnliche Ausnahme in besonderen Zeiten hingenommen werden, dass im Jahre 1924 ein Bundespräzipium eingeführt worden ist. Da die besonderen staatsfinanziellen Verhältnisse jener Zeit längst überwunden sind, hat der Städtebund wiederholt gefordert, dass das Bundespräzipium aufgehoben und der gesamte Ertrag der geteilten Abgaben der Teilung zugrundegelegt wird.

Die Bundesregierung, die dieser berechtigten Forderung noch immer nicht Rechnung getragen hat, will nun eine neue Ausnahme von der Abgabenteilung einführen und bei der Bundesbiersteuer und Warenumsatzsteuer neuerdings einen Teil des Ertrages von der Teilung ausnehmen.

Ohne sich auf die Frage der Berechtigung eines Notopfers für die Landwirtschaft einzulassen, erhebt der Städtebund Protest dagegen, dass auf solche Weise der Grundsatz der Abgabenteilung durchbrochen wird. Der Städtebund verlangt, dass Regierung und Nationalrat die finanzielle Bodeckung für das Notopfer an die Landwirtschaft auf eine Weise suchen, die die Interessen der Gemeinden nicht beeinträchtigt. Eine solche Beeinträchtigung liegt nicht nur in der Tatsache, dass geteilte Steuern erhöht werden, ohne dass die Erhöhung der Teilung zugrundegelegt wird, sondern auch darin, dass die Erhöhung der Steuern den gesamten Ertrag beeinflusst und derart die Quote der Länder und Gemeinden verringern kann.

Bei der Bundesbiersteuer im besonderen bildet die geplante Erhöhung ein Hindernis für eine allfällige Erhöhung der Landesbiersteuer, die den Gemeinden hätte zugute kommen können.

Der Städtebund stellt fest, dass durch die Erhöhung der Zuckersteuer und Warenumsatzsteuer sofort eine direkte Belastung der Gemeindehaushalte eintreten wird. Unbedingt muss der Städtebund fordern, dass die Gemeinden bei solchen Anlässen rechtzeitig gehört werden. Schliesslich wird verlangt, dass die Bundesregierung und die Parteien des Nationalrates andere Vorschläge zur Bodeckung des Notopfers für die Landwirtschaft ausarbeiten sollen.

Die Städtevertreter bei der Regierung.

Nach der Tagung begab sich eine Abordnung, bestehend aus den Bürgermeistern Baran (Krems), Schnofl (St. Pölten), Dr. Borch (Klagenfurt), Stadtrat Mehr (Linz), Stadtrat Schmid (Graz) und Stadtrat Ertl (Innsbruck), unter Führung des Vizebürgermeisters Emmerling und des Sekretärs Honay vorerst zum Präsidenten

.....

des Nationalrates Dr. Gürtler und unterbreitete ihm die Entschliessung. Präsident Dr. Gürtler teilte mit, dass voraussichtlich die Erhöhung der Warenumsatzsteuer unterbleiben werde, dass aber dafür die Erhöhung der Zucker- und Biersteuer für anderthalb Jahre geplant sei. Die Städtevertreter berichteten dann eingehend über die schwierige Finanzlage der Gemeinden und ersuchten den Präsidenten um Unterstützung. Sodann sprach die Abordnung auch beim Vizekanzler Vaugoin vor, der ebenfalls für die schwierige Situation der Städte volles Verständnis zeigte. Da Bundeskanzler Dr. Schober in Budapest weilt, wird die Abordnung morgen Mittwoch bei ihm vorsprechen.

.....

Leipziger Fussballer im Wiener Rathaus.

Die Fussballmannschaft des Vereines für Körperkultur Leipzig-Südwest hat anlässlich des zehnjährigen Bestandfestes der Sportsektion des Zentralverbandes der kaufmännischen Angestellten mit der Fussballmannschaft des Zentralverbandes ein Wettspiel ausgetragen. Der Besuch in Wien wurde von den Leipziger Gästen auch dazu benützt, verschiedene kommunale Einrichtungen kennen zu lernen. Unter Führung des Gemeinderates Bermann statteten die Leipziger Fussballer heute mittags dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Die Gäste wurden im Steinernen Saal von Vizebürgermeister Emmerling empfangen. Für die Sportsektion des Zentralverbandes dankte Foldmann für die ausserordentliche Förderung, die die Gemeinde der Sportbewegung zuteil werden lässt. Im Namen der Gäste dankte Reiseleiter Börner für den Empfang und überbrachte die herzlichsten Grüsse der sporttätigen deutschen Arbeiter, die alles daransetzen, um die Arbeiterolympiade in Wien möglichst zahlreich beschicken zu können. In Vertretung des Bürgermeisters hiess Vizebürgermeister Emmerling die deutschen Sportler herzlich willkommen. Er verwies auf die grosse Bedeutung des Sports; der Bau des Stadions ist ein Beweis, dass die Stadtverwaltung sich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Sportbewegung stets bewusst ist. Nach dem Empfang besichtigten die Gäste die Schauräume des Neuen Rathauses.